



HGAA-Engagement: Untersuchungen starten

Der Landtag hat erneut einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Vorgängen bei der Bayerischen Landesbank eingesetzt: Nach der Aufarbeitung riskanter Wertpapiergeschäfte in der vergangenen Legislaturperiode geht es dieses Mal um die Hintergründe und Verantwortlichkeiten für den Kauf der österreichischen Hypo Group Alpe Adria (HGAA) im Jahr 2007 sowie die Umstände, die Ende 2009 zur Rückübertragung der HGAA an die Republik Österreich geführt haben. Das HGAA-Engagement hat die zu 94 Prozent dem Freistaat gehörende BayernLB rund 3,7 Milliarden Euro gekostet. Das Gremium nahm am 25. Februar die Arbeit auf.

Text: Jürgen Umlauf | Fotos: Rolf Poss


25.02.2010

Im Mittelpunkt der parlamentarischen Untersuchungen stehen die im fraglichen Zeitraum von der Staatsregierung in den Verwaltungsrat der Bank entsandten Minister und Staatssekretäre, darunter die damaligen Spitzenpolitiker Günther Beckstein und Erwin Huber (beide CSU) sowie der frühere Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU). Geklärt werden muss, inwieweit die Verwaltungsräte ihren Kontrollpflichten gerecht wurden und ob sie zum Zeitpunkt des Kaufs die damit verbundenen gewaltigen Risiken hätten erkennen müssen. Auch die Staatsanwaltschaft München ermittelt in dem Fall, allerdings bislang nur gegen frühere Vorstände der BayernLB.



Dem Gremium gehören neun Mitglieder an, vier von der CSU, zwei von der SPD und je eines von Freien Wählern, Grünen und FDP. Die CSU hat damit erstmals seit über



 Ausschussvorsitzender
Thomas Kreuzer (CSU) und
Harald Güller (SPD),
stellvertretender
Ausschussvorsitzender.
© Bildarchiv
Bayerischer Landtag

50 Jahren keine eigene
Mehrheit in einem
Untersuchungsausschuss.
Sie ist bei allen
Verfahrensfragen auf die
Mitwirkung ihres

Koalitionspartners FDP angewiesen. Vor dem
Landtagsplenum betonte das FDP-Ausschussmitglied
Karsten Klein, er stehe für eine „umfangreiche
Aufklärung ohne Ansehen der Person“. Diesen Weg
werde er nicht verlassen und auch Versuche nicht
unterstützen, von dieser Linie abzurücken. Den Vorsitz
im Ausschuss, der turnusgemäß der CSU zufällt,
übernimmt deren Fraktionsvize Thomas Kreuzer, sein
Stellvertreter ist Harald Güller (SPD). Der fraktionslosen
Abgeordneten Gabriele Pauli (früher Freie Wähler)
wurde die Mitarbeit mit großer Mehrheit verwehrt. Ihr
verbrieftes Rederecht beziehe sich nur auf
Plenarsitzungen und Fachausschüsse, hieß es zur
Begründung.

Katalog umfasst 280 Fragen

Die Abgeordneten im Ausschuss wollen in den
kommenden zwölf Monaten rund 280 Fragen abarbeiten.
Zwei Drittel davon stammen von der Opposition, den
Rest steuerten CSU und FDP bei. Nach der Klärung von
Verfahrensfragen und dem Studium der einschlägigen
Akten soll in rund zwei Monaten mit den
Zeugenbefragungen begonnen werden. Neben den
Verwaltungsräten und Bankvorständen werden Vertreter
der den HGAA-Kauf begleitenden Wirtschaftsprüfer und
Beraterfirmen gehört werden. Geplant sind zwei
Sitzungen pro Woche. Als Novum gilt die avisierte enge
Zusammenarbeit der Oppositionsfraktionen SPD und
Grüne mit ihren Parteifreunden im Landtag von Kärnten.
Dort, am Sitz der HGAA, hat sich ebenfalls ein

Untersuchungsausschuss zu dem Thema konstituiert.

Schon vor Beginn der Arbeit haben sich Regierung und Opposition gegenseitig mangelnden Aufklärungswillen vorgeworfen. So erklärte Ausschusschef Thomas Kreuzer, bei der Opposition stehe die „politische Agitation“ im Vordergrund, da sie die Verwaltungsräte mit Vorverurteilungen überziehe. Harald Güller konterte, schon die bisher vorliegenden Erkenntnisse deuteten darauf hin, dass die Verwaltungsräte ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden seien. Die CSU habe deshalb versucht, das Verfahren zu verschleppen. Nach Ansicht von Sepp Dürr (Grüne) liegt die Beweislast dafür, korrekt gehandelt zu haben, bei den damaligen Verwaltungsräten. Bis zum Beweis des Gegenteils bleibe er bei dem Vorwurf, dass die Kontrolleure der Bank nicht nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hätten. Bernhard Pohl (Freie Wähler) erklärte, der Untersuchungsausschuss sei für die Politik die Chance, beim Bürger verlorene Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. „Die Jagd auf Steuersünder oder Sozialschmarotzer ist nur glaubwürdig, wenn wir unseren eigenen Laden in Ordnung bringen“, so Pohl.